

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Verlags-Verträge
Vervielfältigung für Dresden bei täglich zweimaliger Austragung (an Sonn- und Feiertagen nur einmal) 2,50 Mk., durch einseitige Anzeigen mindestens bis 2,50 Mk. Bei einmaliger Austragung durch die Post 3 Mk. (ohne Verpackung).
W u n d e: Zeitungsverträge 5,00 Mk., Einzelhefte 1,50 Mk., Stellen 7,17 Mk. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. — Dresden: Kiepsch & Reichardt, Leipzig: Kiepsch & Reichardt, verlagsgesellschaft mbH. nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif
Annahme von Anzeigen bis nach 2 Uhr. Sonntags nur Anzeigen bis nach 11 Uhr. Einmalige Anzeigen 30 Pf., dreimalige 20 Pf., fünfmalige 15 Pf., monatliche 1,50 Mk., Familien-Nachrichten aus Dresden bis einschließlich 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Ausdrucks-Nachdruck nur gegen Vorauszahlung. — Jedes Blatt 10 Pf.

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telephonanschlüsse: 25 241.
Nachschlüssel: 11.

In Samt und Seiden- enorme Auswahl! **Seidenhaus Carl Schneider** Altmarkt 8.
en gros Bändern en detail

Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.

KIOSK
Cigaretten
Trustfrei.

| | |
|-------------|-----------|
| Kleine Kios | 2 1/2 Pf. |
| Kurprinz | 3 " |
| Fürsten | 4 " |
| Welt-Macht | 5 " |
| Auto-Klub | 6 " |

Verlangen Sie überall nur
Radeberger Pilsner
aus der
Radeberger Exportbierbrauerei.

Beleuchtungs-Gegenstände
für jede Lichtart
Anfertigung kunstgewerblicher Beleuchtungs-Körper.
Größte Auswahl. Viele Referenzen.
Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik, Fernsprecher 1136.
Am See 16.

Herrengürtel verringern den Leibumfang und geben dem Körper eine gute Haltung und elegante Figur, erhältlich durch **Carl Wendschuch's Etablissement** **Struvestrasse 11.**

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung. Wechselnde Bewölkung, meist heiter, mild, kein erheblicher Niederschlag.

Der König ist gestern nachmittags nach Sibyllenort gereist.

Der Dresdner Flugplatz wird voraussichtlich zum Mittelpunkt der gesamten deutschen Militärfliegerei ausgebaut werden.

Der Gesandtschaftsbericht über die Aufhebung der Regentenschaft in Bayern hat jetzt durch die Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt Gesetzeskraft erlangt.

Herzog Ernst August von Braunschweig veröffentlicht in den amtlichen „Braunschweiger Anzeigen“ einen Dank-Erlass.

Der französische Botschafter in Berlin Jules Cambon wird am 1. Januar von seinem Posten zurücktreten.

Eine in Aulzig a. E. abgehaltene Versammlung von Staatsbeamten und Lehrern Böhmens stellte für die erste Hälfte des Dezember die passive Resistenz in Aussicht.

Das französische Parlament hat gestern seine Sitzungen wieder aufgenommen.

Die Reise des russischen Ministerpräsidenten nach Paris wird mit der Frage einer Anleihe zum Bau strategischer Bahnen im westlichen Russland in Zusammenhang gebracht.

Die Meldung von einem Ultimatum der Vereinigten Staaten an Mexiko wird dementiert.

Heeresorgen und Defizitschmerzen in Frankreich.

Die französische Deputiertenkammer hat nach den Freuden einer dreimonatigen Ferienzeit ihre Arbeiten wieder aufgenommen. In den ersten Jahren der Republik, als der alte Thiers noch am Ruder war, pflegte das Ereignis des Wiederbeginns der parlamentarischen Session von dem erstbesten Teil der öffentlichen Meinung bereits sehr heftig bemerkt zu werden, und Thiers selbst gab diesem Empfinden weiter Kreise einmal in den an die versammelten Volksvertreter gerichteten drastischen Worten Ausdruck: „Meine Herren! Das Land befindet sich allemal dann am wohlsten, wenn Sie nicht beisammen sind.“ Inzwischen aber ist nichts geschehen, was die Richtigkeit des Thiers'schen Sarkasmus zu widerlegen vermöchte. Im Gegenteil! Noch weit schlimmer ist die parlamentarische Miswirtschaft nach allen Richtungen geworden, und heute herrscht unter der überwiegenden Mehrzahl der Abgeordneten in Bezug auf öffentliche Rechte und Pflichten eine so laxe Auffassung, daß der jetzige Ministerpräsident Barthou sich bei einer früheren Gelegenheit zu einer sehr nachdrücklichen Klage über den allgemeinen Mangel an Verantwortungsgefühl veranlaßt sah, der alle Achtung vor der Autorität untergrabe, das Ansehen des Parlaments immer mehr erniedrige und das Land zu ruinieren drohe. So ist das französische Parlament allmählich zum Tummelplatz lokaler, persönlicher und parteipolitischen Interessen in solchem Maße geworden, daß die öffentliche Wohlfahrt dabei nicht mehr auf ihre Kosten kommen kann, und daß die Abgeordneten je länger desto mehr das Bewußtsein einer der Allgemeinheit gewidmeten Tätigkeit verlieren. Herr Barthou hat in richtiger Erkenntnis der aus dieser verhängnisvollen Entwicklung dem Staate drohenden Gefahren eine Orientierung der inneren Politik nach rechts versucht und zunächst auch Erfolg damit gehabt. Ob er aber die Helfer des namentlich vom Radikalismus und Sozialismus geförderten parteipolitischen und persönlichen Eigennutzes auf die Dauer zu bannen und wirksam in Schach zu halten vermag, muß erst die Zukunft lehren.

Vorband haben die französischen Patrioten, die ehrlich reformieren und die öffentliche Autorität in der Republik wieder stärken wollen, es nicht bloß mit dem Parlamentarismus, sondern in kaum minder großem Umfang auch mit der Regierung und Verwaltung zu tun. Auch dort muß der Negel zur Besserung kräftig angelegt werden, wenn er mit dem herrschenden Schlenkrian gründlich ausräumen und das Uebel an der Wurzel packen will. Dem

üppig wuchernden egoistischen Parteilwesen im Parlament steht in den hohen und niederen Staatsämtern die gleiche Reizung ihrer Träger gegenüber, aus der Beteiligung an der Verwaltung des Staates den größtmöglichen persönlichen Vorteil zu ziehen. Da nun eine feste Pfunde im zivilen Staatsdienste bei entsprechender Skrupellosigkeit ihres Inhabers ausreicht, um nicht nur diesen, sondern auch seine Familie ohne besonders anstrengende Arbeitsleistung gut zu versorgen und selbst zu bereichern, so ist der Verdienst mit seinen hohen Anforderungen an persönliche Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit und seinen weit beschiedeneren Einnahmen bei den Republikanern nicht besonders beliebt. Daraus erklärt es sich, daß das konservative Element, das durch seine Traditionen noch mit allen Fasern im Heere wurzelt, dort das Übergewicht besitzt und dem Offizierskorps das Gepräge verleiht. Insofern darf man auch die jüngste „säkularisierte Musterung“, die unter der republikanischen Generalkität gehalten worden ist, durchaus nicht bloß auf eine konservative Intrige zurückführen. Schon seit Jahren wird die Unfähigkeit hoher republikanischer Militärs in der Tagespresse offen erörtert, und die Wichtigtuer gingen reichlich ihren Spott darüber aus. Wenn auch nur ein geringer Bruchteil von alledem wahr ist, was man erzählt, wie zahlreiche republikanische Generale in fachmännischer Hinsicht unwissend sind und sich von ihren Adjutanten und Ordnonanzoffizieren, von Obersten und Stabsoffizieren über die neuen militärischen Methoden unterrichten lassen müssen, dann genügt das gerade, um die letzten drakonischen Maßregelungen, die den Zweck einer gründlichen Reinigung des Oberkommandos verfolgen, sachlich zu rechtfertigen. Die Republikaner aber sind natürlich durch diese Vorgänge in ihrem nie ganz überwundenen Mißtrauen gegen die Armee auf neue Befürchtungen. Ohne die Kraft und den Willen, selbst die Blüte ihrer Jugend dem aktiven Heeresdienste zuzuführen, betrachten sie die Armee mit einem kalten und einem trockenen Auge. Als Bürgschaft für die nationale Verteidigung nach außen hin und als Werkzeug der Revolutionspolitik ist das Heer auch den radikalsten Republikanern willkommen. Weil aber das konservative Element mit seinen monarchistischen Reizungen und Verbindungen darin eine leitende Rolle spielt, ist die Armee in der inneren Politik dem Republikanismus ein Gegenstand steter Unruhe und Besorgnis, dem man im Grunde genommen nicht über den grünen Äste traut und von dem man sich bei jeder Gelegenheit eines Staatsreiches gegen die Republik versehen zu müssen glaubt. Tatsächlich fürchtet die Republik das Heer als den Träger des monarchischen Staatsgedankens. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es ihr nicht mehr als ein notwendiges, unvermeidliches Uebel, und in dem hier ausgeprägten Gegensatz zwischen ziviler und militärischer Gewalt, der im Laufe der Jahre durchaus nicht schwächer geworden ist, tritt einer der wundensten und schwächsten Punkte der republikanischen Staatseinrichtungen in die Erscheinung.

Die schweren finanziellen Lasten, die das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit dem Lande auferlegt, werden auch nicht gerade dazu beitragen, die Stimmung der republikanischen Massen gegenüber dem Heere zu verbessern. Der neue Etat weist das ungeheure Defizit von mehr als einer halben Milliarde auf, woran die militärischen Mehrkosten den Löwenanteil haben. Zuerst war der Gedanke aufgetaucht, das deutsche Beispiel nachzuahmen und die Deckung ebenfalls durch eine einmalige außerordentliche Vermögensabgabe vorzunehmen. Die Verwirklichung dieses Gedankens hätte aber ein genaues staatliches Eindringen in die Vermögensverhältnisse des Einzelnen zur unerlässlichen Voraussetzung gehabt, und für eine solche „staatliche Schnüffelrei“ ist der „freie französische Staatsbürger“ nun einmal schlechterdings nicht zu haben. Die „Traditionen der großen Revolution“ laufen angeblich einem derartigen Eingreifen des Staates in die Privatverhältnisse schnurstracks zuwider, und diese Ueberzeugung führt dem Durchschnittsfranzosen so fest im Blute, daß daran auch alle Bemühungen zur Einführung einer progressiven Einkommensteuer bisher gescheitert sind. Die Regierung kennt die im Parlament herrschende Stimmung so gut, daß sie sich gar nicht erst mit dem Vorschlag einer Vermögenssteuer zur Aufbringung der Kosten für die Heeresvermehrung die Finger verbrennen will, sondern abermals nach dem immer unzuverlässiger sich gestaltenden Rettungsanker einer großen Anleihe greift. Die Pumpwirtschaft der staatlichen Finanzgebarung der dritten Republik hat bereits groteske Formen angenommen und längst die Grenze überschritten,

an der eine rationelle Budgetaufstellung aufhört und die Kreditwirtschaft einen unsoliden Charakter anzunehmen beginnt. Die 20. Milliarde hat die französische Staatsschuld bereits überschritten, und eine neue Anleihe im Betrage von 1 1/2 Milliarde wird die Republik demnächst wieder an den Markt bringen! Wenn die französische Nation eines Tages an dem Punkte angelangt ist, wo sie finanziell nicht mehr aus sich selbst ein weiß, und ihr die Erkenntnis aufdämmert, daß sie sich mit ihren Militärausgaben wirtschaftlich übernommen hat, dann könnte plötzlich der „psychologische Moment“ eintreten, der die Explosion noch außen hin herbeiführt und die öffentliche Meinung durch die suggestive Vorbereitung leitete, daß ein Ende mit Schrecken besser sei als ein Schrecken ohne Ende. Diese Gefahr darf bei uns zu Lande nicht unterschätzt und nie aus den Augen verloren werden.

Hierzu liegen noch folgende telegraphische Meldungen vor:

Wiederbeginn der französischen Kammeritzungen.

Paris. Das Parlament hat seine Sitzungen wieder aufgenommen. In der Deputiertenkammer legte der Finanzminister den Etatentwurf für 1914 vor. Obwohl der Ministerpräsident Barthou erklärte, es sei unmöglich, die Wahlreform in beiden Kammern vor dem Ende der Legislaturperiode zum Abschluß zu bringen, beschloß die Kammer mit 291 gegen 273 Stimmen, an erster Stelle die Wahlreform zu erörtern. Barthou trat für die Erörterung der Entwürfe zur Verteidigung der Paktensätze ein. Im Senat brachte der Kriegsminister Etienne den Ergänzungsentwurf zum Dreijahresgesetz ein.

Das französische Budget für 1914.

Paris. Die Gesamtsumme der im Budget für 1914 geforderten Kredite beläuft sich auf 3373 300 000 Francs. Die Vermehrung der Ausgaben beträgt 681 Millionen. Die durch die Einnahme nicht gedeckte Summe wird auf 714 Millionen geschätzt. Die Vermehrung der Ausgaben wird in der Hauptsache durch die Mehrkosten für Marokko und durch die erhöhten Aufwendungen für die nationale Verteidigung verursacht. Die Mehrkosten sollen durch Taxerhöhungen und neue Steuern bestritten werden, unter denen besonders die Verdopplung der Steuer auf Wärfelgeschäfte und die Ausdehnung der Zempelsteuer auf fremde an der Wölfe nicht gehandelte Wertpapiere hervorzuheben sind.

Die neue französische Finanzvorlage.

Paris. (Priv.-Tel.) Der Ministerrat vereinigte sich heute, um über die neue Finanzvorlage zu beraten. Es wurde beschlossen, eine Erbschaftsteuer nach dem Vorbilde der in England bestehenden einzuführen. Der Steuerfuß soll 1 1/2 bis 3 Prozent betragen. Man hofft, daß sich die Einnahmen daraus auf 75 Millionen Franken belaufen werden. Außerdem wird, um das Budget von 1916 auszugleichen, folgende Anleihe nötig sein: 1 Milliarde Franken für die einmaligen Ausgaben, die das neue Militärgesetz notwendig macht, und 400 Millionen Franken für die Militärausgaben in Marokko. Außerdem werden an neuen Steuern 288 Millionen Franken für die Ausgaben nötig werden.

Aus dem französischen Ministerrat.

Paris. Im Ministerrat unterzeichnete Präsident Poincaré die Veränderungen im diplomatischen Korps. Der Vorkontrollrat Graf de Munster in Berlin wurde zum bevollmächtigten Minister zweiter Klasse ernannt. Der Kriegsminister machte vor einem Mißbehördenwurfe zum Geiste über die dreijährige Dienstzeit Mitteilung, den er heute nachmittags dem Senat vorlegen wird. Er wird auch in der Kammer einen Gesandtschaftsbericht über die militärische Vorbereitung und Verwirklichung einbringen. Der Marineminister wird der Kammer einen Gesandtschaftsbericht über die Zusammenziehung der Kadets und die Altersgrenze für Marineoffiziere vorlegen.

Drahtmeldungen

vom 4. November.

Ein Ultimatum der Vereinigten Staaten an Mexiko?

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie hier von wohlunterrichteter Seite verlautet, war man in Berliner diplomatischen Kreisen von einem Ultimatum eigentlich überrascht. In einer Erklärung, die vor einigen Tagen von amerikanischer Seite in Washington veröffentlicht wurde, ließ es, daß die Vereinigten Staaten ihre Absichten in Bezug auf Mexiko erst den europäischen Mächten mitteilen würden. Damit hätte Amerika in Aussicht, daß es erst die Meinung Europas vor entscheidenden Schritten gegen Mexiko hören wollte. Bis her sei nun eine Nachricht, soweit bekannt ist, Teufelstend nicht ausgegangen, und man könne natürlich annehmen, daß Präsident Wilson sich mit einem Male entschlossen habe, jede Rücksichtnahme auf Europa fallen zu lassen und auf eigene Faust gegen Mexiko vorzugehen. Es geht aus einem solchen Ultimatum noch nicht hervor, daß dessen nächste Konsequenz notwendigerweise der Krieg sein müsse.